

»Die Robotron-
Kantine dem
Gemeinwohl
widmen!«

Anja Apel



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Oktober 2020



Wem gehört die Stadt?

Eine Antwort werden auch die Entscheidungen zum Haushalt bringen. » Seite 2

Die Stadt uns allen!

Die Verteilung öffentlicher Ressourcen – von Parkplätzen über Feuerwerkszeiten bis WLAN-Hotspots – muss gerecht stattfinden. Aber: was heißt das eigentlich?

30 Jahre Deutsche Einheit und viele offene Fragen. Wie auch sonst, wenn sich diese Fragen auf die sensibelsten Bereiche gesellschaftlichen Zusammenlebens richten? Wem gehört das Land? Wem gehört das Volkseigentum? Wem hätte es gehören sollen? Wem gehören die Schalthebel der ökonomischen, kulturellen und politischen Macht – im Osten, im Hier und Jetzt? Sicher, in den meisten Fällen sind die Messen gesungen, aber die Frage, wem die öffentlichen Plätze, Gebäude, Verkehrswege, das kulturelle Vermögen, die natürlichen Ressourcen gehören – diese Frage bleibt hoch aktuell. Wie wollen wir Platz gewinnen für Fuß und Rad? Drängen wir Pendlerinnen und Pendler über hochpreisige Parkplätze aus dem gemeinsamen Stadtraum? Bieten wir komfortable Alternativen via ÖPNV? Wollen wir den gemeinsamen Luftraum für Feu-

erwerke verbieten? Oder akzeptieren wir, dass geteilter Raum zu geteilter Freude bzw. geteiltem Leid wird, wenn's am gemeinsamen Himmelszelt regelmäßig knallt? Erhalten wir Gebäude gesellschaftlichen Interesses oder schlagen wir sie Investorinnen und Investoren zu? Schaffen wir kostenloses Internet für alle überall oder begnügen wir uns mit dem Ausbau der touristischen Hot-Spots? Erlauben wir Klimaproteste in der Stadt oder lassen wir eine Versammlungsbehörde gewähren, die diesen Protest schikanisiert – frei nach dem Motto: »Euch? Euch gehört die Stadt auf keinen Fall!« Beschließen wir schließlich einen Haushalt, der die Reichtümer der Stadtgesellschaft selbiger gerecht zur Verfügung stellt, der umverteilt? Wagen wir uns also an eine Antwort, die zumindest in dieser Ausgabe lautet: (Möglichst) allen gehört die Stadt?! *Thomas Feske*

STADTGESELLSCHAFT

Plätze des Gemeinwohls

Fußverkehr, Radverkehr, Autoverkehr, oder doch der ÖPNV? Beständig tobt der Kampf um begrenzte Räume. Wäre es nicht wichtiger, die Stadt zu einem Ort zu machen, in der alle Verkehrsteilnehmer*innen Platz haben, alle sicher am Straßenverkehr teilnehmen können und sich die Möglichkeit zur Teilhabe nicht am Geldbeutel festmacht? Sollten vollelektrische SUV wirklich kostenlos parken, während der Parkplatz für einen alten Kleinwagen unbezahlbar wird?

Wem gehört die Stadt? Wie gehen wir mit gemeinsamen Plätzen und öffentlichen Gebäuden um? Wem stehen sie zur Verfügung? Was geschieht mit dem Sachsenbad, das seit Anfang der 1990er Jahre dem Verfall preisgegeben wird? Oder Gebäuden der Ostmoderne wie der Robotron-Kantine? Soll etwa die Vergangenheit der Ostmoderne vollständig aus dem Stadtbild getilgt werden? Wir sagen: Nein! Mitnichten sollte alles an private Investoren verschertelt werden. Die Robotron-Kantine und nicht nur diese sollte dem Gemeinwohl als Raum für gemeinnützige Angebote an die Stadtgesellschaft dienen können. Das wäre jedenfalls der Wunsch vieler Menschen in Dresden. **» Seiten 6 und 7**

FRIDAYS FOR FUTURE

Klimacamp

Am 25. und 26. August konnte eine außergewöhnliche Aktivität an der Kreuzkirche gegenüber des Cafés AHA beobachtet werden: Initiiert von Fridays for Future Dresden entstand ein Klimacamp. Was anfangs wie notdürftig und schnell platziert wirkte, mauserte sich ganz schnell zu einem stabilen und aussagekräftigen Camp – allen Einwänden (oder sollte man besser sagen Schikanen) der Versammlungsbehörde zum Trotz.

Zum Zweck des Camps erklärten die Initiator*innen auf ihrer Internetseite: »Ein Klimacamp ist eine Dauerkundgebung, also eine Demo Tag und Nacht, mit der wir Druck auf die Politik ausüben wollen. Im Camp wird Platz für Workshops, Vorträge, Banner malen, zusammen vegan kochen, Aktionen planen, diskutieren, neue Leute kennen lernen und vieles mehr sein.« Ich finde, ein solches Anliegen muss unterstützt werden. Insbesondere sollte der



Protest- und Informationscamp in der Altstadt.

Raum für Diskussionen dafür genutzt werden, um den Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und intakter Umwelt darzustellen. Menschen mit geringem Einkommen dürfen nicht die Verlierer*innen der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen sein. Meiner Meinung nach sollte mit allen Kräften das Gesetz für faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten (Lieferkettengesetz), die Förderung des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung bis 2038 und der damit verbundene Strukturwandel in Braunkohleregionen wie der Lausitz unterstützt werden. Auf kommunaler Ebene sollte der Beschluss zum Klimaschutz in Dresden zügig umgesetzt werden.

Nur ein gesellschaftlicher Wandel – weltweit – wird sowohl soziale Probleme als auch Klimawandelfolgen bewältigen können. Diesen weltweiten Wandel werden wir aber nur erreichen, wenn wir in unserer Stadt vorangehen und unser möglichstes tun um CO₂ einzusparen, das Klima zu schonen und nicht nur den CO₂ Ausstoß zu verlagern. Das wird uns auch in den folgenden Jahren einiges an Geld und Anstrengungen kosten. Aber die Zukunft unseres Planeten und all seiner Bewohner sollte uns das wert sein.

Mehr zum Klimacamp unter:
<https://ffdd.de/klimacamp/>

Dr. Margot Gaitzsch

Haushaltsverhandlungen

Nach der Einbringung des Haushalts gibt es viel zu tun. Für unsere Fraktion bestreitet Tilo Kießling die Verhandlungen mit den Finanzpolitikern der anderen Fraktionen. Hier seine Sicht darauf.



Fernsehturm, Blaues Wunder, DVB-Finanzierung und Kitagebühren sind nur vier der wichtigen Themen des Doppelhaushalts.

»Nie wäre es einfacher für den Oberbürgermeister als jetzt, denn bei einem so zerstrittenen Stadtrat wie dem jetzigen wäre es kaum möglich den Haushaltsentwurf wesentlich zu ändern«, kommentierte die DNN. Demnach würden wohl 99,5% des Entwurfes unverändert bleiben. Dazu muss gesagt werden, dass der Anteil an Veränderungen, die an einem Haushaltsentwurf vorgenommen werden, nie besonders groß ist. Ein Prozent des Haushaltes sind etwa 18 Millionen Euro. Sich mit mindestens 36 Ratsmitgliedern zu einigen, wie man 18 Millionen Euro umverteilt, ist selbst bei einem Stadtrat, der grundsätzlich nicht »zerstritten« ist, nicht die leichteste Übung.

Natürlich wird es nicht einfach, neben den drei Fraktionen Grüne, LINKE und SPD noch mit weiteren Partnern eine Haushaltsmehrheit zu erreichen. Aber mindestens zwischen Grünen, LINKEN und SPD gibt es ja eine grundsätzliche Kooperationsvereinbarung. Diese enthält auch politische Grundaussagen, die nun in Haushaltspolitik gegossen werden können. Weiterhin gibt uns die bisher stabile Vereinbarung mit der CDU über die Zugriffe und die Besetzung der Beigeordneten Stellen Hoffnung, dass auch hier eine Übereinkunft zu erreichen sein wird.

Spannend werden die Abgleiche der haushalterischen Grundannahmen der verschiedenen Fraktionen sein. Wenn man sich der sehr pessimistischen Prognose der Kämmerei anschließt, erwartet uns ein eher U-förmiger Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies bedeutet übersetzt: der Einbruch durch die Coronakrise bleibt eine längere Zeit bestehen, ehe eine Erholung einsetzt. Das war die vorherrschende Meinung bis Jahresmitte. Allerdings hat das Bundeswirtschaftsministerium diese Einschätzung Anfang September kräftig ins Positive gedreht: Einem steilen Absturz folgt ein ebenso steiler Anstieg der Wirtschaftsdaten. Die klassische V-Form.

Wer eher zu einem U neigt, wird für erhebliche Einschnitte in den Ausgaben plädieren, wer zu einem V neigt, eher dazu, die Einnahmeausfälle in der Stadtkasse zu überbrücken.

Vor diesem Hintergrund sind dann die einzelnen Haushaltsprobleme zu diskutieren. Unsere Fraktion wird hier dafür eintreten, dass es keine Kürzungen und Schließungen von sozialen oder kulturellen Angeboten geben wird und mindestens der Status Quo des vergangenen Doppelhaushaltsjahres 2019/2020 aufrechterhalten wird.

Tilo Kießling

SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Kommt der kostenlose ÖPNV für Kinder und Jugend?

2019 haben über 2000 Menschen in einer Petition gefordert, Kinder und Jugendliche kostenlos zu befördern. Der Petition konnte damals nicht abgeholfen werden, dennoch soll im November 2020 eine Vorlage zur Schülerbeförderung vorgelegt werden. Dies nährt Hoffnungen darauf, dass junge Menschen bald den ÖPNV kostengünstiger oder kostenlos nutzen können. »Die Staatsregierung hat die lang angekündigte

Einführung des Bildungstickets zum Schuljahresbeginn 2020/21 durch Nichtstun verschlampt«, erläutert jedoch Stadtrat Jens Matthis. »Gebraucht wird jetzt eine unbürokratische Zwischenlösung der Stadt bis zum nächsten Schuljahr und der nötige Druck auf die Staatsregierung, damit das Bildungsticket 2021 endlich kommt.« Wenn das erfolgt, steigen sicher einige junge Menschen auf den ÖPNV um.

Die Redaktion

50 Jahre Mensch. 24 Jahre Stadtrat.

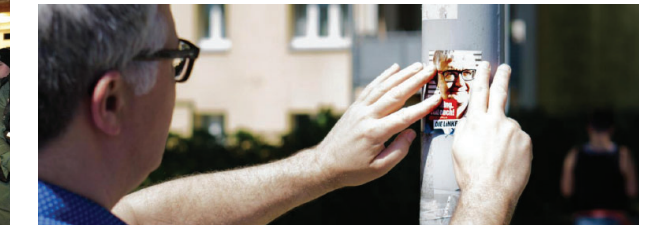
André Schollbach gratuliert LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling zum 50. Geburtstag.

Tilo Kießling ist der dienstälteste Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden. Im Jahr 1996 zog er zunächst als Nachrücker der PDS in das „Stadtparlament“ ein. Heute gehört er zu den Urgesteinen der Dresdner Kommunalpolitik.

Er hat die Jugendhilfelandchaft geprägt, in der Sportpolitik Akzente gesetzt und als Finanzpolitiker dafür gesorgt, dass linke Vorhaben und Projekte Wirklichkeit werden konnten. Als Mitinitiator des Bürgerbegehrens „Für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser“ verhinderte er die Privatisierung der Kliniken Friedrichstadt und Neustadt. Als Geschäftsführer des Roten Baums ermöglichte er tausenden Kindern und Jugendlichen wunderbare Erlebnisse und Begegnungen in ungezählten Ferienlagern. Als Vorsitzender der LINKEN in Dresden war er einer der Architekten der Kooperation zwischen Linken, Grünen, SPD und Piraten im Stadtrat. Man kann mit Fug und Recht sagen: Tilo Kießling hat in seinem bisherigen politischen Leben Spuren hinterlassen, auf die er selbst – und mit ihm seine Partei – stolz sein kann.

Gelegentlich verzweifelt er ein wenig an jenen Entwicklungen innerhalb der LINKEN, die ihm problematisch und kritikwürdig erscheinen. Er formuliert dann durchaus bärbeißig und macht keinen Hehl aus seinem Leiden an dem einen oder anderen Zustand. Weil er seine Partei lieb hat, wie er selbst sagen würde. Das mag merkwürdig klingen, aber ja: DIE LINKE bedeutet ihm etwas. Seine Meinung sagt er geradeheraus in der ihm eigenen Art. Dies mag nicht allen gefallen und er macht sich damit nicht nur Freunde. Aber besser ein offenes und ehrliches Wort als falsche Freundlichkeit.

Tilo weiß aber auch das Leben zu genießen. Um es mit Hans-Eckardt Wenzel, dessen Konzerte er so gern und oft besucht, zu sagen: »Reich sind nicht die Reichen, die der Welt ausweichen. Ach, die haben's



schwer. Können sich nichts denken, können nichts verschenken, was nicht käuflich wär.«

Lieber Tilo,
herzlichen Glückwunsch zum 50. Geburtstag.
Venceremos!

Im Uhrzeigersinn: (1) Dresdens Geschichte im Blick (2) Nach dem Vorwurf, einen NPD-Stadtrat als »Nazi-Schwein« beschimpft zu haben (3) Im Wahlkampfgespräch (4) Bei der rechtswidrigen Sturmung des HdB 2011 (5) Arbeit am Stadtbild

BEIGEORDNETENWAHL

Stephan Kühn wird neuer Baubürgermeister in Dresden.



Wechselt vom Bundestag in die Stadtverwaltung Dresdens: Stephan Kühn.

In der vergangenen Sitzung des Stadtrates wurde der bisherige Bundestagsabgeordnete und frühere Stadtrat Stephan Kühn (Bündnis90/Die Grünen) im ersten Wahlgang mit 34 Stimmen zum Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften gewählt. Weitere Bewerber waren Dr. Martin Schulte-Wissermann (Piraten, 15 Stimmen) und der von den Freien Wählern vorgeschlagene Ronald Franke (4 Stimmen). Die Fraktion DIE LINKE hatte sich auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden André Schollbach auf die Wahl Kühns verständigt.

Zu Beginn des Jahres hatten sich die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, LINKE und SPD in Verhandlungen auf eine Lösung zur zukünftigen Ausgestaltung und Struktur der Geschäftsbereiche und der Vorschlagsrechte für die Wahl der Beigeordneten verständigt. Dabei hatten die Fraktionen auch Vorschläge des amtierenden Oberbürgermeisters Dirk Hilbert aufgegriffen.

Nach § 56 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung werden die Beigeordnete

ten vom Stadtrat je in einem besonderen Wahlgang gewählt. Nach § 39 Abs. 7 der Sächsischen Gemeindeordnung ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Es bedarf eines Einvernehmens zwischen Stadtrat und Oberbürgermeister, welches im Falle von Kühn hergestellt wurde.

»Auf gute Zusammenarbeit« – die ersten Worte, die Fraktionsvorsitzender Schollbach nach der Wahl an den neuen Beigeordneten richtete. Und diese Zusammenarbeit ist unverzichtbar, denn nicht nur Kühn steht vor großen Herausforderungen. Die Stadtentwicklung steht im Lichte von Klimawandel, Verkehrswende und Wohnraumverknappung ganz besonders im Fokus der Öffentlichkeit. Mietsteigerungen in der Innenstadt, die Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern, Megaprojekte im Straßenbahnbereich und zur Sanierung wichtiger Verkehrsachsen, der Ausbau und die Verbesserung von Rad- und Fußverkehr – all das wird die gemeinsame Agenda der kommenden Jahre bestimmen. *Thomas Feske*

Wie wirken Feuerwerke?

Über das Für und Wider von Feuerwerken gibt es eine niemals endende Diskussion. Anlässlich eines im Stadtrat eingereichten Antrags wird die Debatte noch einmal aufgerollt.

Ein Feuerwerk ist häufig der Höhepunkt einer Feier. Die Gäste sammeln sich auf einer Terrasse oder einer anderen Fläche, von der sie gut in den Himmel schauen können. Und zu einer angekündigten Uhrzeit werden allerhand farbige Lichter unter großem Geknalle in den Nachthimmel geschossen. Manche empfinden dies als romantisch, andere als euphorisierend.

Allerdings sollten die Nachteile dieses kurzweiligen Festhöhepunktes nicht außer Acht gelassen werden. Zunächst ist der Kostenfaktor enorm. In ganz Deutschland werden laut einer Statistik allein vor Silvester über 100 Millionen Euro für Feuerwerke und Böller ausgegeben. Darüber hinaus ist die Lautstärke für Haustiere eine große Belastung. Gerade Katzen, Hunde und Kleintiere wie Meerschweinchen haben ein deutlich feineres Gehör als Menschen. Die lauten Knallgeräusche, der Geruch von gezündeten Feuerwerkskörpern und das flackernde Licht der Raketen lösen Panik und einen Fluchtreflex bei Haustieren und vor allem bei Wildtieren aus. Vögel können außerdem durch gezündetes Feuerwerk ihre Orientierung im Flug verlieren und Hindernissen nicht rechtzeitig aus dem Weg fliegen. Gezündete Feuerwerkskörper hinterlassen Müll, vor allem nach dem Jahresübergang werden durch die



Für manche unverzichtbar und für andere ein Ärgernis: Feuerwerke.

städtischen Straßenreinigungskräfte Tonnen an Müll von den Straßen entfernt. Ganz zu schweigen von dem explosionsartigen Anstieg an Feinstaub in der Luft. Schließlich sollte auch erwähnt werden, dass die Produktion von Feuerwerk meist im Ausland unter

ausbeuterischen und vor allem brandgefährlichen Bedingungen in Ostasien hergestellt werden.

In Dresden wird nicht nur zu Silvester ein Raketenspektakel veranstaltet. Es rumst so häufig nachts um zehn oder elf Uhr, dass manche behaupten, Dres-

den sei die Feuerwerkshauptstadt von Deutschland. Manche Menschen verlassen gar zum Jahreswechsel die Stadt. Die Stadtverwaltung hat bezüglich der Anmeldung und Genehmigung von Feuerwerken lediglich minimale Restriktionen. Doch schon das geht der FDP zu weit, sie wollen freies Feuerwerk für freie Bürger – oder so ähnlich und reichen einen entsprechenden Antrag ein. Aber eine Regulierung ist durchaus sinnvoll. Was würde passieren, wenn zwei Hochzeitsgesellschaften viel Geld ausgeben und am Ende feststellen, dass sie unmittelbar nebeneinander ihre Raketen in den Himmel und durcheinander schießen?

Bei dem Thema Feuerwerk gibt es zumindest zurzeit keine eindeutige Lösung. Störend ist jedoch etwas Anderes. Ein Feuerwerk ist eigentlich ein öffentliches Ereignis. Der Himmel ist für alle sichtbar und nicht selten erfreuen sich nicht nur die Gäste daran sondern viele Menschen, die das Feuerwerk sehen können. Es wäre also schön, sich auch an dem Feuerwerk anderer erfreuen zu können, anstatt nur das Ärgernis der überraschenden Lautstärke wahrnehmen zu können. Eine gute Möglichkeit wäre es doch, sich über alle geplanten Feuerwerke am Dresdner Nachthimmel informieren zu können. Dann haben alle etwas davon. *Magnus Hecht*

UMWELT

Dresden blüht auf! Eine neue Saatgutbibliothek stärkt die Artenvielfalt

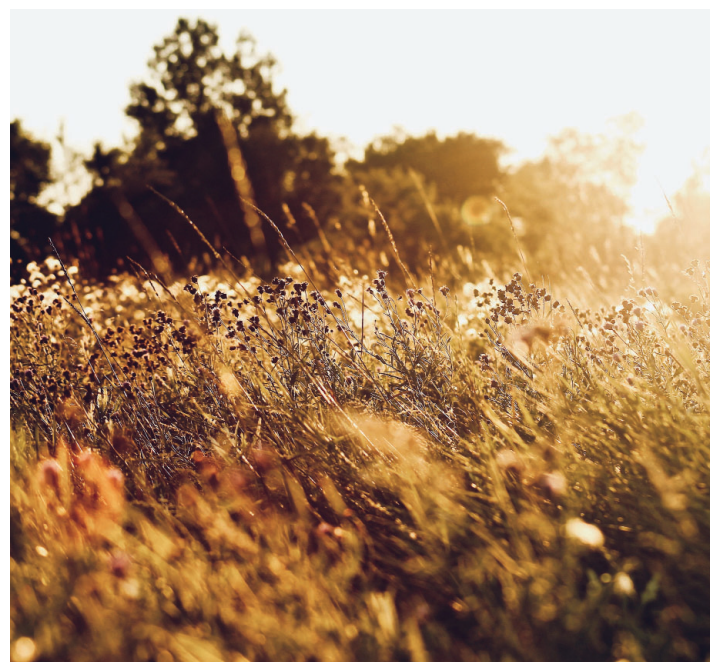
Saatgut zu retten, ist ein Mittel, um die Vielfalt von Pflanzen und Lebensmitteln zu erhalten. Durch die Konzernfusionen der letzten Jahre, beherrschen drei Konzerne über 60 Prozent des weltweiten Marktes für kommerzielles Saatgut und Agrarchemikalien: DuPont de Nemours, ChemChina-Syngenta und Bayer-Monsanto. Mit der Kontrolle über das Saatgut und Patente erlangen die Konzerne Macht über einen Markt, der so existenziell ist wie kein anderer und den es immer geben wird: Menschen müssen essen.

Eine Möglichkeit, um sich von dieser industriellen Agrarproduktion unabhängig zu machen, ist eigene Lebensmittel und medizinische Pflanzen anzubauen. Die Idee der Saatgutbibliothek stammt aus den USA, wo es viel gentechnisch verändertes Saatgut gibt. Mittlerweile gibt es über 500 Saatgutbibliotheken weltweit. Vorreiter in Deutschland sind die »Hamburger Bücherhallen«, die im Juni dieses Jahres eine Saatgut-

bibliothek eröffneten und vielerorts Nacheiferer fanden.

Nun werden sich auch die Städtischen Bibliotheken Dresden, genauer gesagt die Zentralbibliothek im Kulturpalast, am Aufbau einer Saatgutbibliothek beteiligen. Das Ziel ist, alte Sorten und bewährtes Saatgut zu retten und zu erhalten sowie die Pflanzenvielfalt in der Stadt zu fördern. Dafür muss es samenfestes Saatgut sein – das heißt, die Pflanzen aus dem gewonnenen Saatgut haben die gleichen Eigenschaften wie die Elternpflanzen. Hybridsamen mit der Kennzeichnung F1 oder Hybrid lassen sich nicht stabil vermehren, werden aber oft in Super- und Gartenmärkten angeboten.

Partner für dieses Projekt ist das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Weitere Kooperationen mit städtischen Einrichtungen und Initiativen werden derzeit erarbeitet. Der offizielle Start für das Projekt wird im Frühjahr 2021 in Form einer Saatguttauschbörse stattfinden. *Katharina Hanser*



Eine gute Sache für alle Pflanzen-, Garten- und Lebensmittelaktivist*innen.

SOZIALES

Nach unten treten und nach oben buckeln

Dies wäre zumindest mal ein ehrlicher Wahlkampfslogan, für die sogenannte »Alternative für Deutschland«. Diese neofaschistische Partei beweist immer wieder, dass sie Politik gegen Menschengruppen macht, die gesellschaftlich schlechter gestellt sind. Egal ob Hartz-IV-Empfänger*innen, Arbeiter*innen oder Geflüchtete. Alle, die nicht Teil einer privilegierten Gruppe sind, bekommen ihr Fett weg. Hartz-IV-Empfänger*innen sollen Zwangsarbeit leisten und den Arbeiter*innen soll der Mindestlohn gestrichen werden und dazu auch noch die gesetzliche Rente. Und Geflüchtete? Neben Abschiebefantasien versucht die AfD ihnen auch das Leben im Kleinen schwer zu machen. Sie hat durch eine Anfrage an die Verwaltung herausgefunden, dass bei Geflüchteten die durchschnittliche Betriebskostenhöhe doppelt so hoch ist (5,16€/m²) wie beim Dresdner Durchschnitt (2,24€/m²). Das sei dem »Steuerzahler nicht vermittelbar und nicht legitim«. Aber woran könnte das nur liegen? In einer Wohnung für Geflüchtete leben in der Regel mehr Menschen als in einem Dresdner Durchschnittshaushalt. Mehr Menschen verursachen höhere Kosten. Auch ist klar, dass Menschen, die einen Großteil der Zeit Zuhause verbringen, weil sie beispielsweise



In solchen Wohnungen werden Geflüchtete auf zu engem Raum untergebracht.

se nicht arbeiten dürfen, einen höheren Verbrauch haben, als Menschen, die täglich mehrere Stunden täglich arbeiten. Weiter kommt hinzu, dass die meisten Wohnungen für Geflüchtete bei der VONOVIA angemietet und diese nicht gerade für ehrliche Betriebskostenrechnungen bekannt sind.

Die Hetze findet eben auch im Kleinen statt, um weiter die Schwächsten der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Wir werden diese Versuche weiterhin entlarven und uns nach wie vor für alle einsetzen, die keine große Lobby haben. *Christopher Colditz*

Neuer Mietspiegel für Dresden

Derzeit wird der Mietspiegel für 2021 erstellt, dafür wurden über 4 000 repräsentativ ausgewählte Haushalte befragt.



Der Mietspiegel hat vor allem Auswirkungen, wenn eine Wohnung neu vermietet wird, auch hier in Dresden-Zschertnitz.

Der neue Mietspiegel greift eine Gesetzesänderung zum Berechnungszeitraum auf – vorausgesetzt, der Stadtrat stimmt der entsprechenden Vorlage unserer Sozialbürgermeisterin zu. So flossen bisher in die Berechnung nur diejenigen Mieten ein, die innerhalb der letzten vier Jahre verändert wurden – was nahezu ausnahmslos Mieterhöhungen waren – oder neu vermietete Wohnungen. Alle anderen Mieten, die sich innerhalb der letzten vier Jahre nicht erhöhten, blieben außen vor. Der Mietspiegel ist daher kein Durchschnitt aller Mieten, sondern per Definition ein Durchschnitt aller neuen Mieten, die in der Regel deutlich höher sind als Mieten in lange bestehenden Mietverhältnissen. So ist auch eine kontinuierliche Steigerung des Mietspiegels zu verzeichnen. In Dresden ist innerhalb der letzten zwei Jahre die Netto-Kaltmiete je m² Wohnfläche im Durchschnitt von 6,09 Euro auf 6,48 Euro gestiegen, das einer Steigerung von 6,4 % entspricht.

Der Mietspiegel ist für Mieter*innen von zentraler Bedeutung, denn er kann als Grundlage für Mieterhöhungen dienen, sofern die gezahlte Miete unterhalb des Spiegels liegt. Ein kontinuierlicher Anstieg des Mietspiegels wirkt sich somit preistreibend auf die gesam-

ten Mieten der Stadt aus. Um diesen stetigen Aufwärtstrend zu bremsen, fordern wir schon seit Jahren, dass alle Mieten in die Berechnung einfließen und nicht nur die innerhalb der letzten Jahre veränderten. So würde der Mietspiegel den korrekten Durchschnitt abbilden und der Anstieg des durchschnittlichen Mietpreises massiv verlangsamt.

Diese Forderung ist leider nicht erfüllt worden. Die aktuelle gesetzliche Änderung, nämlich eine Erweiterung des Betrachtungsraumes für die ortsübliche Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahren, ist ein Ergebnis des auf Bundesebene im Jahr 2018 durchgeführten Wohngipfels. Immerhin etwas! Aber insgesamt ist es enttäuschend, dass der Gipfel nicht mehr für die Mieter*innen rausgeholt hat.

Die Verlängerung des Zeitraums wird den Anstieg des Mietspiegels schätzungsweise um 1 bis 2 Prozentpunkte dämpfen. Besser als nichts. Im Stadtrat werden wir dieser zumindest kleinen Verbesserung für die Mieter*innen auf jeden Fall zustimmen und auch weiterhin unser kommunal wirkungsvollstes Mittel gegen den Anstieg der Mieten, nämlich den sozialen Wohnungsbau der WiD, weiter voranbringen. *Pia Barkow*

STÄDTISCHES KLINIKUM

Zukunftskonzept für das Städtische Klinikum entsteht

In der Anhörung des Gesundheitsausschusses am 16. September 2020 hat die Betriebsleitung des Städtischen Klinikums Dresden erstmals ihre Pläne zur Weiterentwicklung des Eigenbetriebs öffentlich vorgestellt. Damit ist die fachpolitische Debatte über dieses wichtige Thema kommunaler Daseinsfürsorge eröffnet. Die Mehrzahl der von den Fraktionen benannten Experten mahnte in der Anhörung an, im Zukunftskonzept die Perspektive der Patient*innen und der Mitarbeiter*innen umfassend zu beleuchten und die Belegschaft in die Planung einzubeziehen. Zwei weitere Hausaufgaben gaben sie dem Kaufmännischen Direktor: Welche konkreten Annahmen liegen den Planungen zugrunde? Inwieweit können stationäre Betten in Neustadt/Trachau erhalten bleiben? Das Begleiteteam diskutierte diese Fragen in seiner letzten Sitzung am 8. Oktober. Danach gibt es am 11. November einen Abschlussbericht an den Betriebsausschuss. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Verwaltung eine Ratsvorlage. Voraussichtlich im Dezember befasst sich der Betrieb-



Blick auf den Neustädter Teil des Städtischen Klinikums.

schaftsausschuss in erster Lesung mit dem Zukunftskonzept des Städtischen Klinikums. Das Votum des Stadtrats wird Anfang 2021 erwartet. *Die Redaktion*

RADVERKEHR

Für mehr Sicherheit

Der Radverkehr macht einen beträchtlichen Teil des Mobilitätsaufkommens in Dresden aus und ist aufgrund seines geringen Flächenbedarfs und der niedrigen Emissionswerte unverzichtbar für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung. Ein Blick auf die Verkehrsunfallstatistik zeigt, dass es nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes Zeit für eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik in unserer Stadt ist. Zwar ging die Zahl der Unfälle mit Fahrradeteiligung im letzten Jahr leicht zurück, allerdings stieg die Zahl der schwerverletzten und getöteten Personen. Insgesamt kamen im Dresdner Stadtgebiet 1206 Radfahrer*innen zu Schaden. Fehler beim Ab- und Einbiegen stellen bei Radverkehrsunfällen mit Abstand die häufigste Unfallursache dar. Aber auch zu geringer Sicherheitsabstand und erhöhte Geschwindigkeit beim Überholen durch Kraftfahrzeuge führen immer wieder zu Unfällen mit Schwerverletzten.



Weiße Fahrräder markieren Unfallorte.

Es ist dringender Handlungsbedarf geboten, um endlich sichere Radwege im gesamten Stadtgebiet zu realisieren. Das Radwegekonzept aus dem Jahr 2017 wurde inzwischen vom Straßen- und Tiefbauamt evaluiert. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten wurden bereits realisiert oder sind in der Planung. Dazu gehören unter anderem die Radwege auf der St. Petersburger Straße oder der Albertstraße. Dennoch bleibt viel zu tun, um die ambitionierten Ziele des Radwegekonzeptes bis zum Jahr 2025 umzusetzen. So gibt es auf der gesamten Länge der Bodenbacher Straße bis heute keine sicheren Radwege und es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen für Radfahrende. Unsere Fraktion hat es sich zum Ziel gesetzt, bei all den Aktivitäten zur Verbesserung der Radwegesicherheit die Rechte der Menschen, die zu Fuß gehen, nicht zu vergessen. Entsprechende Antragsinitiativen sind in Planung.

Anne Holowenko

Grüne Gentrifizierung

Sozial-ökologische Spaltung durch Klima- und Umweltschutz. Eine kleine Analyse von Tilo Wirtz.



Innerstädtisch Parken bald nur noch für die Reichen und Hippen?

Nicht selten wird das eigene politische Narrativ am Frühstückstisch in Frage gestellt. Während, Stichwort Verkehrswende, wacker auf PS-Protze, Raser und Klimasäue geschimpft wird, der öffentliche Raum gehöre für Autos verboten und es solle dafür geblecht werden, mischen sich leise Töne zu Hause in die Debatte. Demnach sitzen nicht die gescholtenen SUV-Besitzer und Sternpiloten in der Psychotherapie, sondern Prekäre. Ein großer Stressor ist dabei das eigene Auto. Wenn noch irgendetwas passiere, kaputtgehe oder teurer werde, müsse das Auto abgeschafft oder stillgelegt werden, oft ein alter Gebraucher. Dann steht der prekäre Erwerb in Frage, die Eltern auf dem Land können nicht mehr gepflegt werden oder die Zeit fehlt, um sich um die Kinder zu kümmern. Denn für Menschen, die unter Zeitdruck stehen, die ungünstige Verbindungen in der Stadt oder darüber hinaus bewältigen müssen, die selbst körperlich eingeschränkt sind, ist der Verweis auf Fahrrad oder ÖPNV allenfalls eine finanzielle Alternative aber keine lebenspraktische.

Würden die Ärmeren aus dem Segment des motorisierten Individualverkehrs verdrängt, hätte das für Wohlhabendere durchaus angenehme Effekte. Sind sie durch privilegierte Parkplätze auf dem eigenen Grundstück oder in der Firma gar nicht auf öffentliche Parkplätze angewiesen, ginge ihnen die Vergrämung aus dem öffentlichen Raum am A... vorbei, während sie sich gleichzeitig über sinkende Spritpreise freuen könnten. Und über die Förderung von Elektroautos samt Ladesta-

tionen, freiere Straßen und ein noch flüssigeres Vorankommen. Auto fahren wäre wieder das, was es am Anfang mal war und wo sich viele Bevorzugungen des Autoverkehrs ableiten lassen, das Privileg der Reichen und Mächtigen. Die, die nicht zu dieser Gruppe gehören, wären auf die nicht so komfortablen und nicht so schnellen kollektiven Systeme des öffentlichen Verkehrs verwiesen.

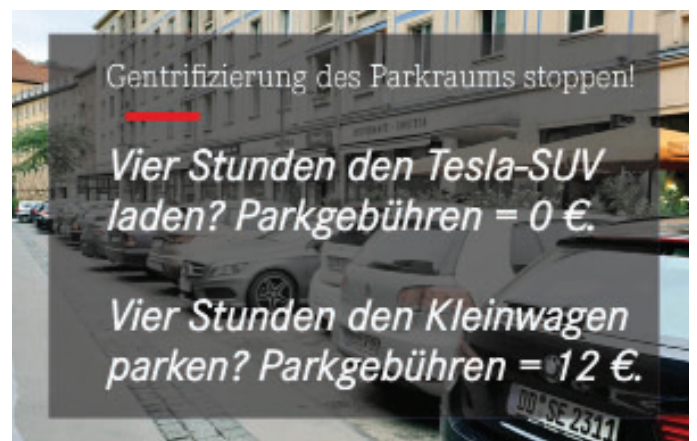
Die Verdrängung Ärmerer droht aber nicht nur bei der Mobilität. Das Umweltbundesamt empfiehlt den Umzug in kleinere Wohnungen zur CO₂-Einsparung. Die Motivation entspringe demnach nicht aus einer niedrigeren Miete, sondern lediglich einer marginalen Einsparung von Heizkosten. Denn beim Umzug in eine dreißig Prozent kleinere Wohnung müsse mit einer dreißig Prozent höheren Kalt-

miete pro Quadratmeter, also netto der gleichen Kaltmiete wie für die große Wohnung gerechnet werden, so das Bundesumweltamt. Hier werde Mietwahnwitz und Klimaschutz zusammen gedacht.

Beim Zugang zu Energie bezahlen ärmere Haushalte einen höheren Anteil am Einkommen für Strom, Stichwort EEG-Umlage, während Wohlhabendere sich Solaranlagen fördern lassen können.

Oder die Gentrifizierung – sprichwörtlich Veredelung der Lebensmittel. Hier ist insbesondere Fleisch im Fokus, welches am besten mit einer Abgabe belegt werden soll. Die Bemme mit Wurst, eigentlich die Verwertung von Schlachtresten und minderen Teilen, ist nun nicht gerade das, was die Hipster*innen in der Brotbüchse haben.

Tilo Wirtz



Sharepic der Fraktion zeigt Auswüchse der Vorlage zu den Parkgebühren.

Der Kampf um die Robotron-Kantine

Der Verein »Konglomerat e.V.« startet eine neue Kampagne für den Kauf und Erhalt der Robotron-Kantine.

»Ja, da ist noch was und es ist kurz vor 12! Erneut droht in Dresden ein innerstädtischer Ort für eine gemeinwohlorientierte Nutzung endgültig verloren zu gehen und damit auch sein Potential, ein Möglichkeitsraum für die Stadt von morgen zu werden, die ehemalige Robotron-Kantine an der Lingnerallee, direkt im Herzen der Stadt,« äußert der Dresdner Verein »Konglomerat e.V.«, der sich für die Gestaltung von Kulturräumen und der Umsetzung von handwerklichen, künstlerischen und sozialen Projekte aus der Zivilgesellschaft einsetzt. Als am 16. Juli 2020 der letzte Stadtrat vor der Sommerpause beschloss, wie es mit den Projekten der Kulturhauptstadtbewerbung weitergeht, hatte OB Hilbert bereits im Vorfeld angekündigt, dass der Kauf der Robotron-Kantine gestrichen werden müsse, da jetzt Geld eingespart werden müsse. Ein letzter Ausweg, das Projekt nicht gänzlich zu streichen, gelang im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung. Dort wurde per Beschluss ein optionaler Kauf auf den übernächsten Haushalt geschoben. Es ist dennoch traurig und ernüchternd, dass ein Projekt, das so einen umfangreichen Beteiligungsprozess erfahren hat, bei dem Menschen aus unter-

schiedlichsten Bereichen mitgewirkt haben, so schnell auf Eis gelegt worden ist. Vor allem, da keine Absprachen oder gemeinsame Überlegungen stattfanden und die Beteiligten aus der Zeitung erfahren durften, dass der Kauf vorläufig gestrichen ist. Dabei wurde doch in den zahlreichen Diskussionen deutlich, wieviel Interesse es an solchen Freiräumen und Orten des sozialen und kulturellen Miteinanders gibt. Der Erhalt und die Entwicklung dieser Orte in allen Stadtteilen Dresdens ist ein zentraler Baustein des Dresdner Kulturentwicklungsplanes. Es ist gut, dass nun durch den Verein Konglomerat e.V. Unterstützung kommen wird. Sie argumentieren: »Gerade in unseren ungewissen Zeiten brauchen wir Orte, die in die Zukunft wirken. Wo die Stadtgesellschaft mitdenken kann an dem, wo es hingeht.« Dem kann man sich nur anschließen. Der geplante Kauf muss nun dringend umgesetzt und der Entwicklungsprozess der Robotronkantine zu einem innerstädtischen Ort des Miteinanders weiterverfolgt werden.

Mehr Informationen gibt es auf der Webseite: www.wardanichtnochwas.de

Anja Apel



Anja Apel und die Fraktion DIE LINKE kämpfen seit Jahren für den Erhalt der Robotron-Kantine.

ANTRAGSINITIATIVE

Pro Sachsenbad!

Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Dresdner Sachsenbad nun geschlossen und seitdem dem Verfall preisgegeben. Seit der Schließung kämpfen die Pieschener Bürger*innen und die Fraktion DIE LINKE um den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes.

Im Jahr 2016 wurde durch den Petitionsausschuss ein Prüfauftrag beschlossen: Geprüft werden sollte, ob unter Wahrung der denkmalpflegerisch bedeutenden Raumstrukturen in dem Gebäude ein teilweise frei finanziertes Bad mit Schwerpunkt Gesundheit, Gesundheitsprävention, Therapie, Senioren- und Seniorinnenschwimmen sowie Schwimmunterricht für Kinder eingerichtet werden kann. Besonders an den Schwimmkursangeboten mangelt es derzeit – auch in Dresden.

2018 entstand dazu eine entsprechende Vorlage der Stadtverwaltung, die die Einrichtung eines Gesundheits- bzw. Rehabades vorsieht und damit dem Wunsch der Dresdner Bevölkerung, nämlich dem Aufleben des Sachsenbades als Schwimmbad, nachkommt.

Das Ergebnis dieser 2018 vom Stadtrat beauftragten Konzeptausschreibung eröffnete jedoch eine böse Überraschung: Der gegenwärtig einzige Bieter will aus dem Sachsenbad einen Bürotempel machen.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen neuen Vorstoß gewagt und fordert mit einem kürzlich eingereichten Antrag die Aufhebung der Konzeptausschreibung von 2018 sowie ein Bekenntnis zum Erhalt des Sachsenbades und Wiedereröffnung als Gesundheitsbad. Zudem soll der Oberbürgermeister Hilbert eine neue Vorlage erarbeiten, die dem Wunsch der Pieschener*innen nachkommt. Der Bürgerverein »Pro Pieschen« hat kürzlich offiziell bei Hilbert durch mehr als 3000 Unterschriften ein Bürgerforum zum Aufleben des Sachsenbades als Gesundheitsbad beantragt.

Die Redaktion

FRAKTION IM GESPRÄCH

Verkehr am Elbhing

Am 28.10.2020 lädt Stadtrat und Bauexperte Tilo Wirtz in Loschwitz interessierte Bürger*innen zum Gespräch über die aktuelle Verkehrssituation am Dresdner Elbhing in den Stadtteilen Bühlau, Loschwitz und Weißig ein. Zentrale Themen sind u.a. die Sanierung des Ullersdorfer Platzes mit dem optionalen Ausbau eines parallelen Radweges sowie der P+R-Platz an der Sohlander Straße, dessen Bauvorhaben erst einmal geplatzt ist. Darüber hinaus soll über eine mögliche Anbindung Weißigs an das Straßenbahnnetz sowie den gegenwärtigen Sachstand der Sanierung des Blauen Wunders diskutiert werden. Auch das Thema Radverkehr und die Zukunft des Dresdner Fernsehturms sollen zur Sprache kommen.

Die Redaktion



Verkehr am Elbhing

mit Stadtrat Tilo Wirtz

28. Oktober 2020, ab 19 Uhr
im Café Luk, Grundstraße 174

Um 18 Uhr gibt es eine offene
Bürgersprechstunde vor Ort

GANZ HINTEN LINKS

Dresden und seine Weihnachtsmärkte

Der Striezelmarkt ist ein Lieblingsthema der Dresdner Lokalpolitik. Weihnachten ist zwar noch ein paar Wochen hin und kein Mensch kann heute sagen, ob wegen der Corona-Pandemie der Dresdner Weihnachtsmarkt überhaupt stattfinden kann. Der in Köln ist bereits abgesagt. Das hindert



Ob Panzersperren auch Corona fernhalten?

den Dresdner Stadtrat nicht daran, darüber zu debattieren, ob er den Markt verlängern sollte, um in diesem Jahr mehr Tourist*innen nach Dresden zu locken. Auch für eine zusätzliche Sonntagsöffnung der gesamten Stadt soll der Markt erhalten. Welch großartige und zeitgemäße Idee. Aus Hygienegründen will der Oberbürgermeister eine Maskenpflicht verordnen, den Alkoholverkauf beschränken und den Striezelmarkt großflächiger auf die Innenstadt verteilen. Unklar ist, ob dafür dann die schmucken Panzersperren ausreichen, die er gegen den Willen des Stadtrates zum Schutz vor Weihnachtsterroristen beschaffen ließ. Vielleicht könnte er da noch nachordern. Die Kunst besteht jetzt darin, mit alkoholfreiem Glühwein mehr Leute als sonst nach Dresden zu locken, auf das diese Leute sich dann aber auf dem Markt nicht zu nahekommen. Ich wünsche gutes Gelingen. Übrigens: Laut ARD-Deutschlandtrend sind zwei Drittel der Deutschen dafür, die Weihnachtsmärkte in diesem Jahr abzusagen.

Jens Matthis

Gemeinwohlabilanzierung

Wenn die Konservativen den Sozialismus wittern – und dabei eigentlich gegen das Gemeinwohl wettern.

In einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft stehen Menschenwürde, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung im Fokus des politischen Handelns. In der Ratssitzung vom 3. September wurden in zwei aktuellen Stunden folgende Fragen diskutiert: »Wie viel Marktwirtschaft ist für ein soziales Dresden nötig?« und wie sieht es aus mit dem »Klimaschutz in und nach der Corona-Pandemie?« Dass beides eng miteinander verknüpft ist, machte LINKE-Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch deutlich. Denn, wer den Schutz unserer Umwelt und unserer natürlichen Ressourcen

zur vordringlichen Aufgabe dieser Gesellschaft machen wolle, der müsse ökologisches Verhalten bezahlbar und praktikabel für alle gestalten. Dennoch wurde in der gleichen Ratssitzung unser Antrag zur Stärkung und Unterstützung der Gemeinwohlabilanzierung von Dresdner Unternehmen durch eine konservative bis rechte Mehrheit abgelehnt. Die munteren, der Sozialismus könne in Dresden wieder Fuß fassen, wenn Unternehmen ihr Handeln ökologisch und sozial verträglich gestalten. Das hindert DIE LINKE jedoch nicht daran, auch weiterhin eine gemeinwohlorientierte Politik zu betreiben. Die Redaktion



Steht nicht nur für Reichtum: Das Füllhorn.

RATHAUS

Glaubwürdig unglaubwürdig?

Das Hissen der Regenbogenflagge am Rathaus zum CSD war ein jahrelanger Kampf im Dresdner Stadtrat vorangegangen. Besonders einer tat sich besonders schwer – Oberbürgermeister Hilbert. 2015 wurde eine Rot-Grün-Rote Antragsinitiative zum Hissen der Flagge abgelehnt – und Hilbert schwieg dazu. Jahrelang versteckte er sich hinter der sächsischen Beflaggungsordnung, die dies angeblich verbietet. Die für kommunale Gebäude aber überhaupt nicht gilt. Und nun nach dem Beschluss: Da bezeichnete er die Regenbogenflagge plötzlich als »ein Zeichen für Toleranz und Offenheit gegenüber jeder Lebensweise, jedem Geschlecht und jeder Sexualität« als hätte er sich jahrelang dafür eingesetzt. Ein wenig unglaubwürdig, oder nicht? Die Redaktion



Sie stehen für sexuelle Freiheit, Toleranz und Vielfalt: die Farben des Regenbogens.

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina
Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo
Kießling, Jens Matthis, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionelle Mitarbeit
Jana Neveling, Norbert Engemaier, Thomas Feske

Bildnachweise (Seite)
Derks/pixabay(1), Dr. Margot Gaitzsch(2),
Steffen Müller/wikimedia Commons(2), blaues
Wunder/pixsels.com(2), eagle77/pixabay.com(2),
Kinder/pixsels.com(2), Archiv der Fraktion(3,
7), Stephan Kühn/wikimedia commons (3),
RahulPandit/pixabay(4), Mojpe/pixabay(4),
joergelman/pixabay(5), Dresden Zschernitz/
pixsels(5), x-weinzar/wikimedia commons(5),
Christian Gebhard/wikimedia commons(6),
walensky/pixabay(6), Marco Dziallas(7),
SchiDD1/wikimedia commons(8), LH DD/
Dittrich/wikimedia commons(8), Jasmin Sessler/
pixabay(8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage der Papierausgabe
6500 Exemplare

Redaktionsschluss
22.9.2020

Abonnement
»Vorne links« kann kostenfrei per Mail an
fraktion@dielinke-dresden.de abonniert werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat